

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabepreis: Die Anzeigerpreise sind für den Anzeiger aus dem Erzgebirge und für den Anzeiger aus dem Ausland verschieden. Die Anzeigerpreise sind für den Anzeiger aus dem Erzgebirge und für den Anzeiger aus dem Ausland verschieden.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 164

Mittwoch, den 16. Juli 1924

19. Jahrgang

Beginn der Londoner Konferenz.

Prolog.

In Chequers gab es eine Verständigung. In Paris gab es eine Verständigung. Dazwischen gab es ein Mißverständnis. Nun gibt es eine Konferenz mit der Aussicht auf neue Konferenzen, neue Mißverständnisse und neue Verständigungen. Das sind die Marksteine europäischer Politik in den letzten drei Wochen. Obwohl ihnen Hindurch aber voll, breit und endlos, der schlammige Strom von Gerüchten, Auslegungen, Widersprüchen leeren Schlagworten und vieldeutigen Formeln, der das ganze politische Gelände in einen einzigen grundlosen Sumpf verwandelt. Kein Mensch will mehr festen Boden unter den Füßen, am wenigsten wahrheitsgemäß die Herren Macdonald und Herrriot, die so tun müssen, als ob sie geraden Weges auf ihr großes Ziel zureiten, auf die Rettung Europas. Ob es ihnen gelingen wird? Wir hatten der kommenden Dinge!

Zehn Direkfragen.

Heute beginnen in London die Besprechungen der Allierten Staatsmänner über den Wiederaufbau Europas, denen das deutsche Volk mit besonderer Spannung folgen wird. Um 11 Uhr vormittags findet die Eröffnung der Londoner Reparationskonferenz im Vorkammergebiet des Foreign Office statt. Macdonald wird die Eröffnungsrede halten, dann werden die Delegierten das Programm der Konferenz aufstellen. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Tagesordnung der Konferenz werde die Erzielung aller Maßnahmen einschließen, die zur Durchführung des Dawesplanes erforderlich seien. Die Unteilbarkeit dieses Planes, die als eine absolute Vorbedingung für seinen Erfolg von General Dawes und seinen Kollegen in ihrem Bericht niedergelegt worden sei, werde wahrscheinlich entweder von britischer oder amerikanischer Seite im Anfangsstadium der Verhandlungen hervorgehoben werden, denn es sei eine der Hauptbedingungen für die Ausbringung der vorgesehene, unbedingt notwendigen, Anleihe in England und Amerika, daß der Dawesbericht nicht eingeschränkt oder abgeändert werde.

Dawes berichtet aus London über die Vorbereitungen zu der Konferenz, die Delegationen der verschiedenen Länder würden insgesamt 150 Mitglieder, Delegierte und Sachverständige zählen. Frankreich für seinen Teil würde etwa 80 Personen nach London schicken, darunter vier Delegierte. Was die Dauer der Konferenz anlangt, so wäre es unnützlich, darüber Vermutungen anzustellen, es würden die verschiedensten Voraussetzungen verbreitet, die einen rechnen mit einer Dauer von 8-10, die anderen mit etwa 14 Tagen.

Nach dem diplomatischen Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ wird die interalliierte Konferenz über nachstehende zehn Punkte zu verhandeln haben:

1. Mit welchen diplomatischen Mitteln wird der Sachverständigenbericht ausgeführt? Auf Grund eines oder mehrerer Protokolle? Von wem werden diese Protokolle ausgearbeitet? Durch die Reparationskommission oder durch die internationalen Sachverständigen?
2. Welche Stellung wird Deutschland im Laufe der Besprechungen einnehmen? Wird es eingeladen, auf der Konferenz oder auf einer späteren Versammlung seinen Standpunkt darzulegen, oder wird es schließlich aufgefordert, ihn der Reparationskommission mitzuteilen, oder auch auf persönlichem diplomatischem Weg?
3. Welches Datum wird zur Ausführung des Sachverständigenplanes festgesetzt werden? Welche Behörde, die Reparationskommission oder eine andere Körperschaft, wird erklären, daß der Plan in Kraft getreten ist?
4. Werden noch andere Garantien als die vom Sachverständigenbericht vorgesehene verlangt werden?
5. Wie wird die militärische Okkupation unsichtbar gemacht und wird sie schließlich gänzlich aufgehoben werden?
6. Welche Körperschaft wird mit der Auslegung des Wortlauts des Sachverständigenberichts und der Protokolle beauftragt? Das Saager Schiedsgericht, die Reparationskommission oder eine andere Körperschaft?
7. Welche Körperschaft wird über eine Verletzung Deutschlands entscheiden, das Finanzkomitee des Völkerbundes oder die Reparationskommission, der ein amerikanischer Vertreter wäre?
8. Auf welche Weise werden sich die Schuldner

Deutschlands, sobald eine deutsche Verletzung von der ausländischen Körperschaft festgestellt ist, verständigen, um die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen? Müssen sie, falls eine Verständigung nicht zustande kommt, zu einem Schiedsgericht ihre Zuflucht nehmen oder wird eine einzelne Macht oder eine Mächtegruppe das Recht haben, erneut Sanktionen unabhängig von den andern Ländern anzuwenden?

9. Unter welchen Bedingungen wird die Anleihe von 40 Millionen Pfund Sterling erfolgen? In welchem Ausmaß wird diese Anleihe ausgeben? Wird sie die Priorität vor sämtlichen anderen deutschen Forderungen haben?

10. Werden zwischen den Staaten und dem Übertragungsausschuß in der Frage der Verzinsungen und der Naturalieferungen weitere Abmachungen erfolgen?

Die Einladung an Deutschland.

London, 15. Juli. In gut unterrichteten Kreisen wird mit einer Einladung Deutschlands zur Londoner Konferenz im Laufe der nächsten Woche gerechnet. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Konferenz zunächst die Aufgabe hat, eine Einigung zwischen den Alliierten herbeizuführen.

Der Optimismus der Minister. Die Skepsis der City.

London, 15. Juli. Als erste Delegation zu der Konferenz ist die italienische Delegation eingetroffen. Der Vertreter des „Evening Standard“ hatte in Dover mit Minister de Stefani, dem Führer der Delegation, eine Unterredung, in der dieser ausführte: „Ich gehe mit Hoffnung und Entschlossenheit zur Konferenz. Ich denke sehr optimistisch über ihren Verlauf. Italien ist entschlossen, keine visherrliche Politik aufrechtzuerhalten, die auf die Sicherstellung des Wiederaufbaus Europas auf der vollkommenen Verhütung aller Alliierten bedrohlich der seit Kriegsende entstandenen Schwierigkeiten hinführt.“

Der Vertreter des Reutersbüros, der mit dem französischen Ministerpräsidenten nach London reiste, teilt mit, daß Herrriot aufs ängstlichste darauf bedacht ist, nichts zu sagen, was irgendwem die Verhandlungen beeinträchtigen könnte. Er sagte, die Grundatsache ist, daß die Italiener, Belagerer, Engländer und Franzosen von der Notwendigkeit einer friedlichen und raschen Lösung durchdrungen sind. Ich komme mit dem festen Glauben, daß das Problem der Wiederaufbau Europas in einen neuen Abschnitt eintreten wird als Ergebnis unserer Beratungen in London. Wir alle sind bemüht, daß die Verhandlungen so kurz wie möglich sein sollen, weil wir wünschen, daß der Dawesbericht möglichst bald in Kraft tritt. Der Vertreter von Reuters folgert aus seinen Besprechungen mit den französischen Delegierten, daß Frankreich in keiner Hinsicht hinter den anderen Ländern zurückbleiben in dem Wunsche, die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands so wenig schwierig wie nur möglich zu gestalten.

In London herrscht eine äußerst vorsichtige und zurückhaltende Stimmung. Man gibt zwar der Konferenz, die man für die letzte Möglichkeit hält, das Reparationsproblem zu lösen, die besten Wünsche mit auf den Weg, man hütet sich aber zugleich vor irgendwelchen Illusionen. In der City ist man vielmehr skeptischer als in politischen Kreisen, da die englische Bankwelt entschlossen zu sein scheint, ohne Sicherung gegen künftige französische militärische Abenteuer kein Geld herzugeben.

Berliner Befürchtungen.

Berlin, 15. Juli. Wie der „Tag“ aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben will, sollen sehr maßgebende Mitglieder des Reichskabinetts die Auffassung haben, daß die als „Regierungsprogramm“ jetzt in die Presse lancierten Darstellungen nicht einmal im Inneren mit den für eine einfache Mehrheit notwendigen Parteien des Reichstages aufgestellt sein können. Sollte das Ergebnis der Londoner Konferenz in einer Einigung Frankreichs und Englands über die Kontrollfrage und in einer Bestätigung des Einflusses der Reparationskommission bestehen und sollten zunächst sämtliche Deutschland ansehenden politischen und wirtschaftlichen Fragen ungeklärt bleiben, so müßte, wenn sich überhaupt eine Partei im Reichstag finden sollte, die der Regierung irgendwelche Vollmachten für die Durchführung des Sachverständigenberichts in so einfacher Form gibt, mit einer sehr starken parlamentarischen Kritik zu rechnen sein.

Die Ausschaltung des verteuerten Zwischenhandels.

Die Ausschaltung des nicht unbedingt notwendigen Zwischenhandels in der Lebensmittelversorgung beschäftigt alle in Frage kommenden Kreise schon seit längerer Zeit. Immer wieder mußte auf den weissen Gebieten des Lebensmittelhandels festgestellt werden, daß die Spanne zwischen Erzeuger- und Verkaufspreis der wichtigsten Lebensmittel eine viel zu große und nach Lage der Dinge eine völlig unberechtigte war, daß alle möglichen Zwischenhändler, Kommissionäre, Agenten usw. sich in den Verkaufsprozess einschalteten, während der Produzent vielfach Preise erhält, die weit unter Friedenspreisen liegen. Wie verkündet, hat nunmehr, nachdem alle Vorbeugungsmaßnahmen der Behörden gegen den Zwischenhandel nicht viel ausgerichtet haben, die Landwirtschaft selbst die Initiative ergriffen, um direkte Handelsbeziehungen zwischen Erzeuger und den Konsumenten am nächsten stehenden Handelskreisen ins Leben zu rufen. Der Reichslandbund beabsichtigt zunächst eine direkte Belieferung der Schlachtkühe mit Milch zu organisieren, um gerade den im Viehhandel blühenden Zwischenhandel nach Möglichkeit auszuschalten. Wehnlische Organisationen sollen dann auch für andere Zweige der Lebensmittelversorgung geschaffen werden. In der gleichen Richtung liegen ja auch die bekannten Versuche der Landwirtschaft, durch Errichtung von Brotfabriken dem Getreide- und Mehlzwischenhandel zu Leibe zu gehen.

Besprechung des Reichsernährungsministers mit den Gewerkschaften.

Auf Einladung des Reichsernährungsministers fand am Dienstag, nachmittag im Reichsernährungsministerium eine Besprechung zwischen den Gewerkschaften und dem Minister statt. Es wurde allgemein über die Ernährung und die Wirtschaftslage gesprochen, insbesondere über die Lage der Landwirtschaft. Die Frage der Wahrung der Schutzzölle ist in der Einladung nicht namentlich berührt. Die Regierung beabsichtigt offenbar, noch vor dem Donnerstag dieser Woche in Berlin stattfindenden Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder, in der die Kreditfrage geprüft werden soll, zu einem Kompromiß mit den Gewerkschaften zu gelangen.

Berlin, 16. Juli. Zu den gestrigen Besprechungen des Reichsernährungsministers Graf Karly mit den Gewerkschaftsvertretern über die Frage der Wahrung der Schutzzölle meinten die Blätter noch, daß eine Ueber einstimmung zwischen den gegensätzlichen Auffassungen nicht erzielt worden sei. Dem „Vorwärts“ zufolge sollen über die Frage der Schutzzölle mit den Gewerkschaften noch weitere Verhandlungen geführt werden.

Elfaß-Lothringen fehlt der deutsche Markt.

Strasburg, 15. Juli. Der lothringische Deputierte Schumann hat Schritte unternommen, um bei der französischen Regierung zu erwirken, daß sie sich mit dem Völkerbundrat zur Verlängerung der im Verfallenen Vertrag festgelegten Frist von fünf Jahren in Berlin bindet, während deren die elfaß-lothringischen Produkte zollfrei nach Deutschland ausgeführt werden könnten. Es wird geltend gemacht, daß während der fünf Jahre nach dem Waffenstillstand, die für diese zollfreie Ausfuhr festgelegt waren, von einer ausgiebigen Ausfuhr nach Deutschland wegen des in Deutschland herrschenden tiefen Marktstandes nicht die Rede sein konnte. Jetzt bestünde Aussicht, die Ausfuhr aus Elfaß-Lothringen lohnend zu gestalten.

Verhandlungen der Industrie mit dem Reichsfinanzministerium.

Veranlaßt durch zahlreiche Klagen über die untragbaren Lasten, die die zu leistenden Steuern, namentlich die Vorauszahlungen auf die Einkommen, und Körperschaftsteuer für das Jahr 1924 der Industrie verursachen, hat der Reichsverband der deutschen Industrie mit dem Reichsfinanzministerium eingehend über den gesamten Fragenkomplex verhandelt. In den Besprechungen ist namentlich auch darauf hingewiesen worden, daß die Festsetzung des Vermögens unter Anwendung der gesetzlichen Bewertungsbestimmungen auf den 31. Dezember 1923 ein viel zu hohes Gesamtvermögen ergibt und dadurch auch noch zu hohen ein Volkvermögen vordrückt, das tatsächlich nicht vorhanden ist. Zugleich wurde an der Hand von einzelnen Unterlassen Beschwerden vorgebracht über rigorose Handhabung der Vorschriften durch die Finanzbehörden. Das Reichsfinanzministerium hat zugesagt, die Finanzbehörden anzuweisen, die Vorschriften, die eine Reduktion auf die schwere wirtschaftliche Lage durch Milderung oder